

**Beschlussempfehlung des Ausschusses für
Bildung und Jugend**
– Drucksache 15/3963 –

**...tes Landesgesetz zur Änderung des
Schulgesetzes**
Gesetzentwurf der Fraktion der SPD
– Drucksache 15/3953 –
Erste Beratung

Abg. Frau Dickes, CDU:

Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Im Bund wie im Land setzt die CDU den Schwerpunkt darauf, Familien zu entlasten; denn Familien leisten immens viel für unsere Gesellschaft. Leider stellen wir immer wieder fest, dass der SPD in dieser Hinsicht der Mut fehlt.

Ich habe es im letzten Plenum gesagt, wir übernehmen in diesem Bereich gern Verantwortung. Wir geben gern Unterstützung, wenn es darum geht, Ideen in unserem Land umzusetzen. Das wird zum Glück nicht nur in unserer Fraktion so gesehen, sondern auch andere sehen es mittlerweile so. Ich nenne einen Auszug aus der Mainzer „Rhein-Zeitung“ vom 9. September 2009: „CDU setzt SPD bei Lernmitteln unter Druck“.

(Zuruf von der SPD: Daran glauben Sie?)

Am 9. Oktober hat mich ein Brief des Vorsitzenden des Landeselternbeirates erreicht, in dem zu lesen ist, man habe es dem CDU-Vorschlag zu verdanken, dass endlich Bewegung in die Sache komme, und zwar mit einem Vorschlag, dessen Inhalt fast deckungsgleich mit dem CDU-Vorschlag ist.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, gerade weil es so fast deckungsgleich ist, möchte ich wirklich nicht dazu übergehen, klein-klein aufzuzählen, an welcher Stelle wir kein und oder ein Komma haben. Ich würde gerne etwas vergleichen. Wir haben eine Synopse zu den beiden Gesetzentwürfen der Landtagsfraktionen gemacht. Ich möchte auf die wesentlichen Punkte eingehen. Wer hat ein Anrecht auf die Lernmittelausleihe? An allen öffentlichen Schulen besteht für alle Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit der entgeltlichen Lernmittelausleihe. So steht es im CDU Entwurf. Die nähere, insbesondere die Festlegung der in die Lernmittelfreiheit einbezogenen Schularten, Schulformen, Bildungsgänge, Schulstufen regelt das fachlich zuständige Ministerium, Gesetzentwurf der SPD-Fraktion. In der Begründung sind die gleichen Bezugsgruppen wie im CDU-Entwurf genannt. In beiden Entwürfen können diese Leihgebühren für Schüler aus kinderreichen bzw. einkommensschwachen Familien reduziert und erlassen werden.

Frau Ministerin, erstaunlicherweise steht auch in Ihrem Entwurf drin, dass man das nicht im Gesetz festmachen kann, sondern durch eine Verwaltungs-

vorschrift regeln muss. Das haben wir die ganze Zeit gesagt. Jetzt haben Sie es auch gelernt.

(Vereinzelt Heiterkeit bei der SPD –
Frau Brede-Hoffmann, SPD: So war es bisher
schon geregelt, Frau Dickes!)

Beide Entwürfe sagen, dass die Bücher zu maximal ein Drittel des Ladenpreises entliehen werden können. Beide Entwürfe sagen aus, dass die Schulträger vom Land Zuweisungen erhalten, die sich nach der Zahl der teilnehmenden Schülerinnen und Schüler richten. Beide Entwürfe sagen aus, dass die Einführung der entgeltlichen Lernmittelausleihe in drei Stufen erfolgt.

Ich gebe zu, hier gibt es einen gravierenden Unterschied. Die CDU fängt bei Klasse 1 an, die SPD beginnt bei Klasse 5. Das war es so weit zu den sehr großen Unterschieden. Ich nenne eine Kleinigkeit, wenn es denn eine ist: Im Gesetzentwurf der CDU steht, dass wir die Einnahmen zweckgebunden für die Beschaffung neuer Lernmittel verwenden wollen. Im Entwurf der SPD vermisste ich diese Zweckbindung. Die Gelder werden in den Landeshaushalt zurückgehen.

(Schweitzer, SPD: Die bauen Straßen damit!)

– Das ist schön. So geht uns Bildungsgeld flöten. Wie ich eben schon gesagt habe, besteht bei den Stufen der Einführung ein kleiner Unterschied. Grundsätzlich sehe ich diese Unterschiede jedoch nicht als entscheidend an. Deshalb hätten wir uns als CDU-Fraktion gewünscht – das haben wir auch mehrfach gesagt –, dass wir uns zusammensetzen und nach der Anhörung schauen, an welchen kleinen Detailpunkten es vielleicht noch Änderungsbedarf gibt. Dafür haben wir die Anhörung durchgeführt. Aus einer Anhörung sollte man schlauer werden. Politische Fairness würde es vielleicht gebieten, sich zusammenzusetzen, aber das, was wir im Land erleben, ist Politik nach dem Motto „Wir machen's einfach“. Wir machen's einfach! Bringt die Opposition einen Vorschlag ein, so wie wir die Lernmittelausleihe schon zum zurückliegenden Haushalt vorgeschlagen haben, wird uns eine horrendere Rechnung ohne Belege präsentiert.

Frau Ministerin, Sie haben damals davon gesprochen, dass das System, das wir anlog zu Niedersachsen vorgeschlagen haben, 60 Millionen Euro kosten würde. Die SPD hat es sich dann sehr einfach gemacht und den Vorschlag abgelehnt. Als wir den Vorschlag im Sommer wieder gebracht haben, war es nicht ganz so einfach; denn jetzt haben Sie offensichtlich gesehen, dass dieses Modell eigentlich doch richtig ist. Wozu aber ein Motto der Landesregierung alles gut ist. Wir machen's einfach, wir lehnen's einfach ab, wir schreiben's einfach ab.

Was das Geld betrifft: Wir machen's einfach. Das ist keine Frage der Finanzierung. Wenn Sie das wollen, ist das Geld da. Dann wird das durch neue Schulden über den Landeshaushalt gedeckt.

(Frau Pepper, SPD: Sie finanzieren ohne Schulden?
Das ist interessant!)

Das ist genauso wie mit den kleinen Klassen, mit der späteren Verbeamtung und mit den Aufstiegschancen für Lehrer. Wenn Sie das machen, ist das plötzlich nicht mehr unverantwortlich, sondern es wird gemacht. Es ist schön, dass wir mit all den Forderungen, die wir im Laufe des Jahres gestellt haben, schon heute die Politik des Landes gestalten dürfen, auch wenn es leider immer etwas länger dauert, bis Sie unsere Forderungen umsetzen. Daher sage ich noch einmal: Es zeugt nicht von politischer Größe, Ideen der Opposition einfach nur abzulehnen und dann später als eigene umzusetzen. Vor allem dauert das bei Ihnen immer so lange.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Größe heißt auch, einmal über den eigenen Schatten springen zu können, das Gespräch zu suchen und gute Ideen zu akzeptieren. Die Unterschiede zwischen den beiden Entwürfen sind so marginal, dass ich das in diesem Fall erwartet hätte.

(Beifall der Abg. Frau Thelen, CDU)

Nach wie vor wünsche ich mir die Möglichkeit, gemeinsam etwas umzusetzen. Darum bitte ich jetzt noch einmal.

Danke.

(Beifall der CDU)